

"Das Schröder-Projekt: ein vernünftiger Ansatz ... mit innenpolitischem Beigeschmack" in Le Monde (8. Mai 2001)

Legende: Am 8. Mai 2001 analysiert die französische Tageszeitung Le Monde die Tragweite des Europa-Projekts von Bundeskanzler Gerhard Schröder und legt die Reaktionen der französischen Politik dar.

Quelle: Le Monde. 08.05.2001. Paris: Le Monde. "Le projet Schröder: une approche rationnelle, teintée de préoccupations de politique intérieure", auteur: Leparmentier, Arnaud.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/das_schroder_projekt_ein_vernunftiger_ansatz_mit_innenpolitischem_beigeschmack_in_le_monde_8_mai_2001-de-d69bf913-4fba-443f-92bc-1c247f1b7e2c.html



Publication date: 05/07/2016

Das Schröder-Projekt: ein vernünftiger Ansatz ... mit innenpolitischem Beigeschmack

Analyse

Europa-Bieterkrieg in Deutschland ... in Frankreich „unterbietet“ sich vor allem das linke Lager

Innenpolitisches Manöver oder wahrhaft europäisches Vorhaben? Der Leitantrag über Europa, den die Parteiführung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) am 30. April unter ihrem Vorsitzenden Bundeskanzler Gerhard Schröder veröffentlichte, hat sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen: heilige Eintracht in Deutschland, gemischtes bis ablehnendes Echo im Ausland, vor allem in Frankreich. Der französische delegierte Minister für europäische Angelegenheiten, der Sozialist Pierre Moscovici, kritisierte einen „Diskurs ... , der vielleicht in einem ein wenig deutschen Sinn weit gehend ist, das heißt sehr föderalistisch. Ich glaube nicht, dass dies der Kern des europäischen Gedankens ist.“

Schröder sucht vor allem, sich achtzehn Monate vor den Bundestagswahlen in Europafragen zu positionieren: Seinen Außenminister, den grünen Föderalisten Joschka Fischer, lässt er nicht mehr im Alleingang vortreten, und die christdemokratische Opposition (CDU), die sich als Wahrer des europäischen Erbes der Bundeskanzler Adenauer und Kohl versteht, soll ihm nicht vorwerfen können, er habe keine Pläne. Der Kanzler wollte auch die bayerische Rechte und die Länder ruhig stellen: Die haben es satt, dass Brüssel ständig in ihre Befugnisse eingreift, und fordern eine Verfassung, die festlegt, wer was in Europa macht. Schließlich musste er seine SPD-Genossen beruhigen, die dem europäischen Aufbauwerk traditionell skeptisch gegenüber stehen. In seinem Memorandum schafft Schröder es, diese Forderungen miteinander zu versöhnen und eine deutsche Vision von Europa zu präsentieren, die es ihm im Wahlkampf ermöglicht, den Wahlspruch des Sonnenkönigs zu übernehmen: „L'Europe, c'est moi. – Europa, das bin ich.“

»

Sprung nach vorn

Dies kann Gerhard Schröder nur gelingen, weil Deutschland eine rationelle Vorstellung von Europa hat. Es geht von dem Grundsatz aus, dass „es keine Alternative zu mehr Integration und Europäisierung gibt“. Dafür braucht es einen funktionierenden Motor. Der Kanzler stellt jedoch fest, dass die aktuellen Institutionen überholt sind. Der Gipfel von Nizza hat gezeigt, dass die europäischen Politiker außer Stande sind, sie zu reformieren: Er schlägt deshalb vor, die Kommission in eine echte Exekutive umzuwandeln und den Ministerrat in eine zweite Parlamentskammer, was die Franzosen schon immer misstrauisch gemacht hat.

Dieser Sprung nach vorne setzt auch voraus, seine Mitbürger mit Europa zu versöhnen: So will Gerhard Schröder das Demokratiedefizit der EU zu reduzieren, indem er das Parlament in Straßburg stärkt und den Bürgern das Recht gibt, den Europäischen Gerichtshof anzurufen – wie sie es heute schon bei dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe tun können, wenn sie sich in ihren Grundrechten verletzt fühlen, während die Franzosen dieses Recht nicht haben.

Zweitens ist er der Ansicht, dass Europa dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen gerecht werden muss; er nimmt deshalb die Idee wieder auf, Europol in eine Art FBI zu verwandeln, und verlangt einen Übergangszeitraum von sieben Jahren, bevor die Arbeiter aus Osteuropa volle Freizügigkeit genießen dürfen. Außerdem fordert er die Verabschiedung einer europäischen Verfassung.

Drittens will er das korrigieren, was die Deutschen als Ungerechtigkeit in Europa empfinden, indem er beispielsweise die Liberalisierung der Energiemärkte fordert und, seit Auftreten der BSE-Krise in Deutschland, eine umfassende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP); diese solle künftig von den Mitgliedstaaten kofinanziert werden, was den deutschen Beitrag in Brüssel senken würde. Ein Teil dieser Maßnahmen bringt die Franzosen in Verlegenheit und begeistert den deutschen Wähler.

Viertens fordert die SPD eine Vergemeinschaftung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Frankreich zur Wahrung seiner Souveränität weiterhin unter der Regierungszusammenarbeit laufen

lassen will.

Trotzdem will Schröder getreu der deutschen Tradition keinen föderalen Superstaat: Sein Vorhaben sieht die Nationalisierung bestimmter Zuständigkeiten – GAP, Raumordnung – im Namen des Subsidiaritätsprinzips vor und beabsichtigt nicht die Erhöhung der Höchstgrenze des europäischen Haushalts (derzeit 1,27 % des Bruttoinlandsprodukts/PIB), was die deutschen Regionalisten zufrieden stellen wird.

Eine „Parteienangelegenheit“

Das erklärt, dass Schröders Projekt von der Presse und dem größten Teil der deutschen Politik begrüßt wurde. Im Endeffekt ist es unwesentlich, dass dieser europäische Bieterkrieg vor allem auf innenpolitische Gründe zurückzuführen ist: Deutschland hat ein europäisches Projekt, während die politische Situation in Frankreich, wo ebenfalls Wahlen stattfinden werden, zu einem europäischen „Unterbieten“ vor allem im linken Lager führt.

Die französischen Sozialisten sind genervt. Das Umfeld von Außenminister Hubert Védrine und Pierre Moscovici hatte ein Jahr lang über die Utopien von Joschka Fischer gespottet, der ihnen zufolge allein dastand. Mit Schröder können sie das nicht mehr machen, auch wenn dieser so umsichtig war, sich im Rahmen der SPD zu äußern. Die Franzosen parieren also, indem sie das Reizthema des „deutschen Europas“ ausspielen.

Wenige Tage vor dem Parteitag der europäischen sozialistischen Parteien in Berlin könnte die Veröffentlichung des Schröder-Manifests als Provokation gewertet werden; das zeigt, dass ungeachtet der Versuche, die Beziehungen zur französischen PS zu verbessern, jeder im Großen und Ganzen weiter im eigenen Interesse handelt.

Der Text von Gerhard Schröder wurde zwar nur schneller veröffentlicht, um den Spiegel aus dem Feld zu schlagen, der eine Umfrage zum Thema „Deutschland tut nichts mehr in Europa“ in Vorbereitung hatte. Trotzdem: Schröder hielt es nicht für notwendig, Rücksicht auf seine französischen Partner zu nehmen.

Fischer hatte vermieden, zu detaillierte Vorschläge zu unterbreiten, um sich nicht dem Vorwurf ausgesetzt zu sehen, eine zu „deutsche“ Vision zu haben, was die Debatte hätte behindern können. Aber Fischer wartete vergeblich auf eine Stellungnahme von Lionel Jospin, auf die Schröder kaum zu zählen scheint. Am Freitag, den 4. Mai, fasste der ehemalige CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble – der 1994 mit Karl Lamers einen (von Frankreich abgelehnten) Appell zur Schaffung eines „festen Kerns“ in Europa unterzeichnet hatte – zusammen, was die Deutschen denken: „Jospin scheint sich nicht wirklich für Europa zu interessieren“, unterstrich er. „Er hat beispielsweise eine wichtige Rede zur allgemeinen Politik gehalten, ohne einmal das Wort Europa zu erwähnen.“ Der Kanzler seinerseits ist weiter der Ansicht, dass Deutschland und Frankreich eine Motorrolle in Europa spielen müssen, aber ganz im Privaten gibt er zu verstehen, dass er auch alleine vorangeht, wenn Frankreich seine Rolle nicht wahrnehmen will.

Die Veröffentlichung des Manifests zeigt, dass die deutsch-französische Initiative, die nach dem Scheitern von Nizza angekündigt worden war, noch keine Früchte getragen hat. Sie macht den Beamten im Bundeskanzleramt das Leben nicht gerade leichter. Michael Steiner, außenpolitischer Berater von Kanzler Schröder, ließ wissen, dass es sich um eine reine „Parteienangelegenheit“ handele.

Auf französischer Seite versucht man, die Bedeutung des Textes herunterzuspielen: „Dieses Dokument ist wie ein Wunschzettel an den Weihnachtsmann. Aber zu einem Zeitpunkt, wo das Realitätsprinzip an die Stelle des Lustprinzips treten muss“, kommentiert ein französischer Beamter, der Kanzler Schröder vorwirft, gut dastehen zu wollen. Schröder ist zugegeben ein Verfechter der Realpolitik: Im März 2001 in Stockholm blockierte Deutschland ein Vorhaben zur Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 2005, das der schwedische Ratsvorsitz vorgeschlagen hatte. Dabei ging es darum, Frankreich zur Seite zu springen und ein neues Drama zu verhindern. Aber die Überzeugungen des Kanzlers spiegeln sich zweifelsohne eher in dem „Papier“ der SPD wider als in dem Kompromiss, den er mit seinen europäischen Partnern und der französischen Spitze schließen muss.

ARNAUD LEPARMENTIER